

## Niederschrift

### über die in der 05. Sitzung des Kreisausschusses am 26.02.2015 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung : 18:15 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 18:15 Uhr  
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 18:18 Uhr

#### anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Düllings, Paul	Issum
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Palmen, Manfred	Kleve
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Franken, Jürgen	Kranenburg
Vopersal, Jörg	Kevelaer
Wucherpennig, Brigitte	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Krystof, David	Goch
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Heinricks, Michael	Kerken

#### beratendes Mitglied

Reuter, Tim Geldern

#### entschuldigt sind

Mulder, Andy	Kleve
Engler, Gerd	Goch
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Natrop, Mathias	Kranenburg
Severin, Rainer	Kleve

#### anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Boxnick, Zandra  
Suerick, Wilfried  
Reynders, Rudolf  
Jansen, Christoph  
Keuken, Ruth  
Lamers, Silke  
Lamers, Monika  
van Dülmen, Stephan (Referendar)

#### als Schriftführerin

Windmüller, Christina

-----

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Schreiben der SPD-Fraktion vom 24.02.15 zu TOP 2 „Ersatzwahl, hier: Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung“
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.15 zu TOP 3 „Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve; Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Kleve auf Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve zur Verbesserung der Integrationsförderung“
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.15 zu TOP 8 „Einführung von Tablet-PCs hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2014“
- Ergänzungsvorlage Nr. 191a/WP14 vom 25.02.15 zu TOP 9 „Neufassung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Kleve“
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.15 zu TOP 13 „Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2015, Zustimmung zur Leistung eines außerplanmäßigen Aufwands und einer außerplanmäßigen Auszahlung bei der Buchungsposition 0505 - 54292300 (Erstellung Pflegebedarfsplan/Fortschreibung Demografiekonzept)“
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.15 zu TOP 15 " Besetzung der Kommunalen Pflege und Gesundheitskonferenz für den Kreis Kleve - KPGK"

Auf die Frage des Landrats, ob Anträge zur Tagesordnung gestellt werden, ergeht eine Wortmeldung von KTM Franken.

KTM Franken beantragt die gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte Nr. 7 und Nr. 8. Seine Fraktion habe in der Kreisausschusssitzung am 11.12.2014 den Antrag ergänzend zu dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gestellt.

Landrat erläutert, dass beide Anträge gewürdigt werden sollen und die Anträge nicht identisch seien. Zudem werde bei Tagesordnungspunkt Nr. 7 um Kenntnisnahme gebeten und bei Tagesordnungspunkt Nr. 8 gehe es um eine Entscheidung. Die Verwaltung empfiehlt die getrennte Behandlung der Tagesordnungspunkte.

Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion auf gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte Nr. 7 und Nr. 9 mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen ab.

Auf die Frage des Landrats an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Mitteilung.

-----

## Öffentliche Sitzung

1. Beratende Mitgliedschaft im Rechnungsprüfungsausschuss;  
hier: Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN  
(eingegangen am 22.01.2015) 182/WP14
2. Ersatzwahl;  
hier: Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung 189/WP14
3. Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis  
Kleve  
Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Kleve auf Einrich-  
tung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve zur  
Verbesserung der Integrationsförderung 194/WP14
4. Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve  
Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten 195/WP14
5. Einführung eines regelmäßigen Angebotes an vegetarischen  
Mahlzeiten in öffentlichen Einrichtungen des Kreises Kleve mit  
Kantinen- oder Mensabetrieb  
Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 12.01.2015 196/WP14
6. Einführung von Open Data für den Kreis Kleve  
hier: Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom  
02.12.2014 200/WP14
7. Modernisierung des Kreistagsinformationssystems;  
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-  
Kreistagsfraktion vom 25.11.2014 190/WP14
8. Einführung von Tablet-PCs  
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2014 210/WP14
9. Neufassung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises  
Kleve 191/WP14
10. Freies WLAN für den Kreis Kleve  
hier: Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion  
DIE LINKE/PIRATEN vom 12.02.2015 209/WP14
11. Antrag der Kreistagsfraktion AfD / MH auf Errichtung einer  
"Arbeitsgruppe Airport Weeze" 187/WP14
12. Ordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 23.04.2015 171/WP14
13. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im  
Haushaltsjahr 2015  
Zustimmung zur Leistung eines außerplanmäßigen Aufwands und  
einer außerplanmäßigen Auszahlung bei der Buchungsposition  
0505 - 54292300 (Erstellung Pflegebedarfsplan/Fortschreibung  
Demografiekonzept) 192/WP14

- |     |  |          |
|-----|--|----------|
| 14. | Beschluss über den Jahresabschluss 2013, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses | 193/WP14 |
| 15. | Besetzung der Kommunalen Pflege und Gesundheitskonferenz für den Kreis Kleve - KPGK                            | 174/WP14 |
| 16. | Mitteilungen   |          |
| 17. | Anfragen   |          |

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- |     |   |          |
|-----|---|----------|
| 18. | Verleihung der Ehrengabe des Kreises Kleve  | 204/WP14 |
| 19. | Beteiligungsverwaltung<br>hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages der rku.it GmbH | 208/WP14 |
| 20. | Mitteilungen  |          |
| 21. | Anfragen  |          |

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 182 /WP14

Beratende Mitgliedschaft im Rechnungsprüfungsausschuss;  
hier: Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN (eingegangen am 22.01.2015)

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Frau Müserref Raubach wird zum beratenden Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss bestellt.  
Herr Tim Reuter wird zum stellvertretenden beratenden Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss bestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 189 /WP14

Ersatzwahl;  
hier: Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung

---

Aufgrund der Erklärung der SPD-Fraktion, dass der Wahlvorschlag zur Besetzung des stellvertretenden Mitgliedes im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung zur Kreistagssitzung am 19.03.2015 nachgereicht wird, erfolgt keine Beschlussempfehlung des Kreisausschusses an den Kreistag.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 194 /WP14

Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve  
Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Kleve auf Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve zur Verbesserung der Integrationsförderung

---

KTM Franken führt aus, dass ein Änderungsantrag eingereicht worden sei, da das Thema zu wichtig sei, um in Kürze darüber zu entscheiden. Intensive Diskussionen in den Fachausschüssen seien notwendig. Die Verwaltung führe aus, dass im Jahr 2013 die Kommunen gebeten worden seien, die Frage der Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums zu prüfen. Die Recherchen seiner Fraktion in den örtlichen Fraktionen hätten ergeben, dass in den Gremien der Kommunen hierüber nicht diskutiert worden sei. Seine Fraktion würde gerne das damalige Schreiben der Kreisverwaltung und die erfolgten Antworten der Kommunen haben. Das Schreiben und ein Auszug aus der Niederschrift über die Konferenz der Bürgermeister und des Landrats sind in der Anlage zur Niederschrift beigefügt. Es sei nun einige Zeit ins Land gegangen und es würden jetzt andere Voraussetzungen als im Jahr 2013 vorliegen. Er weist darauf hin, dass es jetzt ein Ehrenamtsprogramm für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit geben würde. Es könne ein Zuschuss in Höhe von 18.000 Euro an die Kreise fließen, wenn ein Kommunales Integrationszentrum besteht. Wird der Antrag seiner Fraktion abgelehnt, würde das Geld nicht zur Verfügung stehen. Der Landrat habe den Sinn und Zweck eines Kommunalen Integrationszentrums nicht verstanden. Es gehe darum, dass die zwei Lehrer, die abgeordnet werden würden, gezielt für Entlastung der anderen Lehrkräfte sorgen würden. Die Studie von Prof. Dr. H.G. Rolff sei sicherlich bekannt. Dieser habe im Oktober 2014 eine Expertise „Auswertung der Evaluation und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Regionalen Bildungsnetzwerke in NRW“ erstellt. Dort könne man dies sehr schön nachlesen. Das Kommunale Integrationszentrum sei ein weiterer Baustein für das Bildungsbüro. KTM Ulrich solle sich mit den CDU geführten Landkreisen zusammensetzen, die ein Kommunales Integrationszentrum eingerichtet hätten. Es würde nur noch 3 Landkreise geben, die ein solches Zentrum nicht haben. Im Gesetz stehe deutlich, dass das Land die Kommunen bei der Aufgabe unterstütze und die Kreise und kreisfreien Städte bei der Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums fördere. Die Kommunalen Integrationszentren hätten vorrangig den Auftrag, durch Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen Einrichtungen des Regelsystems in der Kommune im Hinblick auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu sensibilisieren und zu qualifizieren. Es gehe nicht nur um Schule. Der Kreis solle zunächst einen Grundsatzbeschluss fassen, aus dem die Bereitschaft zur Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums hervorgehe. Dies wäre das richtige Signal nach außen. Anschließend könne auf die Kommunen zugegangen werden, damit ein Konzept abgestimmt wird. Aus den Richtlinien würde auch klar, dass die Fachausschüsse beteiligt werden müssen. Abschließend möchte er sich zum Sozialindex äußern. Soweit er wisse, sei dieser wichtig für den Grundschulbereich. Er frage sich, warum die Stellen nicht schulbezogen sondern schulamtsbezogen verteilt würden, worauf der Landrat erwidert, dass dies vom Land so festgelegt worden sei. Auf die Frage des Landrates, ob KTM Franken ihm zustimmen würde, dass es im Kreis Kleve zu wenig Lehrer und Lehrerinnen geben würde, bejaht KTM Franken dieses.

KTM Ulrich erklärt, dass ihre Fraktion keinem der Anträge der SPD zustimmen könne. Die SPD-Fraktion lenke von den eigentlichen Problemen ab. Ihre Fraktion sei der Ansicht, dass insgesamt in dem Bereich - bedingt durch Inklusion, Integration etc. - eine chronische Unterfinanzierung seitens des Landes stattfindet. Die Bildungseinrichtungen würden seit langer Zeit mit zu wenig Lehrpersonal allein gelassen. Das Thema werde auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen ausgetragen. Es würde zu wenig Stellenzuweisungen im Kreis geben. Dieses würde verstärkt durch die Benachteiligungen durch den Sozialindex. Hier sei eine Neuausrichtung erforderlich. Es würde seit Jahren keine Vertretungsreserven geben und die Aufgabenstellungen seien immer komplexer. Insofern seien die Aussagen von Herrn Seefluth, dass die Schulen allein gelassen werden, richtig.

Nur der Adressat müsse ein anderer sein. Hilfreich wäre es nach Auffassung ihrer Fraktion, wenn den Bildungseinrichtungen als Soforthilfe zusätzliche Lehrerstellen und ggfs. Sozialarbeiterstellen zugewiesen werden. Herr Seefluth habe in der Presse gesagt, dass 400 Kinder und Jugendliche ohne zusätzliches Lehrpersonal aufgenommen werden müssen. Dies würde bedeuten, dass keine weitere Zeit mit Diskussionen und der Erstellung von Konzepten verschenkt werden solle. Es werde eine Akuthilfe benötigt. Hierfür solle sich die SPD beim Land einsetzen. Die Kommunen im Kreis würden sich beispielhaft verhalten. Die Stadt Kleve habe 2 Millionen Euro mehr für Asylbewerber aufgewendet als bisher. Bis ein Personalkostenzuschuss in Höhe von 170.000 Euro an der richtigen Stelle ankäme, wäre es zu spät.

KTM Sickelmann macht deutlich, dass ihre Fraktion die Anträge der SPD-Fraktion unterstütze. Das Thema habe es verdient, dass ausführliche Diskussionen im Fachausschuss stattfinden. Die Umfrage bei den Kommunen sei veraltet und ohne Bezug zur jetzigen Situation. Die Vorlage beschäftige sich zudem mit dem Ausagieren gegen das Land. Es sei fraglich, ob die Verantwortung für den Bereich so wahrgenommen werde, wie dies nötig sei. Die Ablehnung der Einrichtung des Integrationszentrums führe dazu, dass die Qualität in der Schule abnehme und Kinder und Lehrer darunter leiden. Es würden Stellen fehlen, da der Kreis nicht attraktiv genug sei. Die zusätzlichen Stellen, die durch das Kommunale Integrationszentrum geschaffen würden, seien notwendig.

KTM Heinrichs sagt, dass seine Fraktion sich frage, warum die Ablehnung des Antrages mit einer Umfrage von 2013 begründet werde. 2013 habe eine völlig andere Situation bestanden. Zu KTM Franken sei zu sagen, dass in Kerken das Thema damals im Rat behandelt worden sei. Dort sei die Einrichtung eines Integrationszentrums jedoch abgelehnt worden, da es sich um eine Kreisangelegenheit handelt. Damals sei nicht bekannt gewesen, dass sich die Flüchtlingssituation so sehr dramatisiere. Seine Fraktion stimme dem Antrag der SPD zu. Zwar würde er KTM Ulrich Recht geben, dass andere Hilfen nötig wären, da diese aber nicht hier entschieden werden könnten, könne man nicht gar nichts machen. Er habe den Antrag der SPD nicht so verstanden, als ob es nur um Schulen gehen würde. Es solle eine Anlaufstelle geschaffen werden für Schwierigkeiten beim Thema Integration, Flüchtlinge etc.. Ein Kommunales Integrationszentrum sei notwendig.

KTM Prof. Dr. Klapdor äußert, dass es richtig sei, dass das Anliegen nicht nur formal mit Zuständigkeiten geklärt werden solle. Die Ausführungen von KTM Ulrich seien jedoch richtig. Fast alle Stellen im Kreis Kleve seien besetzt. Somit läge das Problem nicht darin, dass die Stellen nicht besetzt werden könnten, sondern an der Zuweisung der Stellen. Das derzeitige Konzept des Vertretungsunterrichts in NRW sei weder den Schülern noch den Lehrern zumutbar. Er frage sich, wie sich ein Lehrer auf eine unbekannte Klasse vorbereiten solle. Dies führe zu Frustration. Der Antrag der SPD sei von der Zielrichtung nicht richtig. Für das Thema seien originär die Kommunen zuständig. Daher bittet er die Fraktion, das Thema dort vorzubringen. Er ahne, dass die Kommunen auch heute sagen, dass andere Probleme bestehen und die Einrichtung eines Integrationszentrums nicht helfe. Die Kommunen seien 2013 befragt worden und hätten die Einrichtung verneint. Jetzt solle keine "Zwangsbeglückung" stattfinden. Er bittet daher die SPD eine Kommune zu benennen, die die Einrichtung eines Integrationszentrums wolle.

KTM Wucherpfeffig sieht in den Argumenten von KTM Ulrich und KTM Prof. Dr. Klapdor Widersprüche. Es werde gesagt, dass zu wenig Lehrer vorhanden seien und es keinen Vertretungspool geben würde. KTM Prof. Dr. Klapdor würde sich darüber beschweren, dass seine Kinder Vertretungsunterricht hätten. Somit seien offensichtlich Lehrer da, die Vertretung übernehmen. Einerseits würde die CDU Herrn Seefluth zustimmen, dass durch die Inklusion und Integration von Flüchtlingen zusätzlich Probleme auf die Lehrerinnen und Lehrer zukommen, andererseits würde ein Kommunales Integrationszentrum abgelehnt. Würde man die gesamte Zahl der Lehrerinnen und Lehrer im Kreis nehmen und dann davon ausgehen, dass bis zu 2 Lehrkräfte abgeordnet werden können und darüber hinaus zusätzliche Sozialarbeiterstellen bereitgestellt werden können, eine halbe Assistenzstelle und möglicherweise eine Verwaltungskraft, dann würde dies zu einer Entlastung der anderen Lehrkräfte führen. Die Haltung der CDU- und FDP-Fraktion sei unverständlich. Ihre Fraktion bleibe bei ihrem Antrag. Es sei Aufgabe des Kreises die Dinge zu koor-

dinieren, die in den Kommunen nicht geleistet werden können. Es sei wichtig, dass sich die Räte in den Kommunen mit dem Thema befassen.

KTM Palmen ist der Auffassung, dass die SPD-Fraktion zunächst einmal ins Gesetz schauen solle, bevor sie sich dem Antrag der GEW anschließe. Im Gesetz sei vorgesehen, dass die ausdrückliche Zuständigkeit bei den Kommunen liegen würde. Der Beschluss sei zudem nicht erst im Mai 2012, sondern im Herbst 2011 gefasst worden. Wenn ein Kommunales Integrationszentrum eingerichtet werde, müsse das Land dies auch finanzieren und nicht nur eine Anschubfinanzierung leisten. Im Gesetz sei festgelegt, was ein Kommunales Integrationszentrum mache. Es gehe um 3 Aufgaben bzw. Ziele: Angebote in allen schulischen Bereichen um Bildungschancen verbessern, kommunale Angebote zu koordinieren und ergänzende Angebote für die Qualifizierung der zuständigen Beschäftigten anbieten. Die Verwaltung habe richtigerweise die 16 Kommunen angeschrieben und ausführlich dargelegt, um was es gehe. Ein Konzept müsse im Einvernehmen mit den Kommunen beschlossen werden. Im Sommer 2013 hätten alle Kommunen gegen ein solches Konzept gestimmt. Es sei ein regionales Bildungsnetzwerk entstanden und eine kommunale Koordinierung eingerichtet. Würde am 19.03 im Kreistag dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt, müsse bis zum 31.10.2015 ein Antrag gestellt werden. Voraussetzung sei, dass die Kommunen alle zustimmen. Er wisse, dass nicht alle Kommunen zustimmen werden. Es werde argumentiert, dass nur eine Anschubfinanzierung geleistet werde und man dann mit den Kosten alleine dastehe. Würde man den Antrag stellen, würde man für den Haushalt 2016 Geld bekommen, welches Mitte 2016 zur Verfügung stehe. Herr Seefluth habe am 05. Februar geäußert, dass 8.825 Kinder unter 6 Jahren in Tageseinrichtungen seien, davon 3.449 mit Sprachproblemen. Hieraus werde deutlich, dass die Probleme nicht bei den beiden Berufskollegs des Kreises bestehen würden, sondern in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Damals sei von der CDU im Landtag vorgeschlagen worden, mehr Geld in diese Einrichtungen zu stecken. Dies sei auch gemacht worden, jedoch scheint es nicht auszureichen. Es handele sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe, für die Geld vom Land und Bund zur Verfügung gestellt werden müsse. Hier müsse man ansetzen und akut helfen. Der Antrag würde erst in 2 Jahren seine Wirkung entfalten. Für das Kommunale Integrationszentrum würden für 3 Jahre 170.000 Euro zur Verfügung gestellt und der Kreis würde auf den Sachkosten sitzen bleiben. Diese habe der Kreis Viersen mit 230.000 Euro pro Jahr kalkuliert. Hinzu kämen die Personen für die Administration. Man sei gerne bereit, eine solche Summe aufzuwenden, wenn es helfen würde. In den Kreisen, in denen ein Integrationszentrum eingerichtet worden sei, sei jedoch nichts besser. Es werde kein zusätzlicher Mehrwert für die Kinder geschaffen.

KTM Reuter bringt zum Ausdruck, dass seine Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen wird. Er regt an, dass sich jede Fraktion an die zuständigen Landtagsabgeordneten wendet und die Probleme im Kreis anspricht. Hinsichtlich des Vertretungsunterrichts schließt er sich KTM Prof. Dr. Klapdor an. An allen Ecken würde Geld für Bildung fehlen.

Landrat erläutert, dass der zweite Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.15 im Kern die Änderung des Ursprungsantrages beinhalte. Ursprünglich sollte der Antrag der SPD-Fraktion unmittelbar in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und den Schul- und Kulturausschuss verweisen werden und es sollte eine gemeinsame Sondersitzung stattfinden. Der neue Antrag beinhaltet, dass keine gemeinsame Sitzung und keine Sondersitzung stattfindet, sondern das Thema in der jeweiligen nächsten Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales und des Schul- und Kulturausschusses beraten wird. Das Anliegen, ein Kommunales Integrationszentrum einzurichten, bleibe daneben bestehen. Die Verwaltung ist der Ansicht, dass keiner der Fachausschüsse zuständig ist. Der Schul- und Kulturausschuss sei ausschließlich für Kreisschulen zuständig. Der Kreisausschuss als Bündlungsausschuss sei zuständig. Im Kreis Kleve würden viele Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Dies sei nicht an den Stellen festzumachen, die dem Kreis zugewiesen werden. Diese würden bei Weitem nicht ausreichen. Seit Jahren würde der Kreis vom Land allein gelassen. Die SPD-Fraktion würde mit ihrem Antrag das Problem nur vergrößern. Zwei Lehrer würden aus den Schulen abgezogen und in eine Amtsstube gesetzt, um Konzepte zu erarbeiten, die von Lehrerinnen und Lehrern umgesetzt werden müssen, die aber fehlen. Zunächst müssten genügend Lehre-

rinnen und Lehrer dem Kreis zugewiesen werden. Durch hunderte von Kindern, die als Flüchtlinge bzw. Asylbewerber in den Kreis gekommen sind, habe sich das Problem noch verschärft.

Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2015 hinsichtlich des Verweises in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen ab.

Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2015 hinsichtlich des Verweises in den Schul- und Kulturausschuss mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen ab.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2015 wird abgelehnt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 195 /WP14

Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve  
Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird der Bericht für das Jahr 2014 vorgelegt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 196 /WP14

Einführung eines regelmäßigen Angebotes an vegetarischen Mahlzeiten in öffentlichen Einrichtungen des Kreises Kleve mit Kantinen- oder Mensabetrieb  
Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 12.01.2015

---

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 12.01.2015 wird zurückgewiesen.



Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 200 /WP14

Einführung von Open Data für den Kreis Kleve

hier: Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 02.12.2014

---

KTM Reuter sagt, dass die Verwaltung ausführen würde, dass Open Data nicht bedeuten würde, dass alle in der Verwaltung vorhandenen Daten veröffentlicht werden, worauf der Landrat erwidert, dass sich Grenzen aufgrund von Datenschutz etc. ergeben.

KTM Krystof begrüßt, dass die Verwaltung von sich aus die Initiative zu Open Data ergriffen hat. Er wünscht sich, dass das Gremium einen positiven Beschluss zu dem Thema fasst.

Landrat führt aus, dass die Verwaltung davon ausgegangen sei, dass sich der Antrag erledigt habe. Wenn an dem Antrag jedoch festgehalten werde, schlage die Verwaltung vor, den Antrag abzulehnen.

Auf Antrag von KTM Franken wird einer Sitzungsunterbrechung mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen zugestimmt.

Es findet eine Sitzungsunterbrechung von 17:22 bis 17:26 Uhr statt.

KTM Reuter erkundigt sich, in welchem Abstand über die Initiative zu Open Data berichtet wird, worauf der Landrat antwortet, dass dies erfolgt, sobald Fortschritte zu verzeichnen sind. Dies hänge vom KRZN ab.

KTM Prof. Dr. Klapdor führt aus, dass Einigkeit über die Einführung von Open Data bestehen würde. Daher schlägt er vor, dass beschlossen wird, dass der Kreistag die Initiativen begrüßt und sich den Ausführungen der Verwaltung anschließt.

KTM Eicker merkt an, dass ihre Fraktion den Vorschlag von KTM Prof. Kladpor begrüße. Sollte über den Antrag abgestimmt werden, solle der Landrat zuvor seine Bedenken zu dem Antrag mitteilen.

KTM Reuter erklärt sich mit der beabsichtigten Vorgehensweise einverstanden und zieht den Antrag seiner Fraktion zurück.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag begrüßt die Initiativen zu Open Data und schließt sich den Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage an.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 190 /WP14

Modernisierung des Kreistagsinformationssystems;

hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion vom 25.11.2014

---

KTM Sickelmann regt an, dass auch andere Gremien wie z.B. die KKB GmbH umfasst werden.

Landrat führt aus, dass die Gesellschaften rechtlich selbständig sind, eigene Gremien etc. haben und in Eigenverantwortung hierüber entscheiden müssen.

KTM Prof. Dr. Klapdor ergänzt, dass die KKB GmbH beispielsweise auch schon beschlossen hat, zukünftig elektronisch zu agieren.

Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 210 /WP14

Einführung von Tablet-PCs

hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2014

---

KTM Eicker erläutert, dass der Antrag vom 24.02.15 so zu verstehen ist, dass wenn der Änderung des Beschlussvorschlags nicht zugestimmt wird, über jeden Satz des Beschlussvorschlags der Verwaltung einzeln abgestimmt werden soll.

KTM Franken führt aus, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis abgewogen werden müsse. Die Kommunen hätten sich bereits auf den Weg gemacht. Beispielsweise seien hier Kranenburg und Wachtendonk zu nennen. In Kranenburg habe nur 1 Person auf die digitale Nutzung verzichtet. Daher könne er die Aussagen der Verwaltung nicht nachvollziehen. Insbesondere die Summe von 54.000 Euro müsse detailliert aufgearbeitet werden.

KTM Sickelmann erklärt, dass ihre Fraktion den Vorschlag der Verwaltung mittragen werde. Die Tablets könnten selbst angeschafft werden. Die in der Vorlage aufgeführten 9.200 Euro seien nicht nachvollziehbar und sie bittet darum, dass diese erläutert werden, was ihr der Landrat zusagt. In der Anlage der Niederschrift ist die Sitzungsvorlage 702/WP09 beigelegt, aus der die Berechnung hervorgeht.

KTM Prof. Dr. Klapdor schließt sich KTM Sickelmann an. Jedes Kreistagsmitglied sei selber in der Lage sich ein entsprechendes Gerät zu beschaffen. Die Aufwandsentschädigung sei hierfür ausreichend. Auch das Angebot der Schulung sei begrüßenswert. Es bleibe abzuwarten, ob Bedarf an einer Schulung besteht.

Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2015 mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen ab.

Abstimmungsergebnis: zu 1: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen  
zu 2: einstimmig  
zu 3: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2014 wird abgelehnt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kreistagsmitgliedern sowie den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern die Sitzungsdienst-App „i-Rich“ zur Verfügung zu stellen und den Nutzerinnen und Nutzern, die ihre Teilnahme an der digitalen Gremienarbeit erklären, entsprechende Schulungen anzubieten.

3. Eine Aufwandsentschädigung für die Nutzung von Tablet-PCs wird nicht gewährt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 191 /WP14

Neufassung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Kleve

---

KTM Prof. Dr. Klapdor schlägt vor, den § 1 Abs. 1 der Geschäftsordnung umzuformulieren, so dass es heißt "auf Grundlage einer schriftlichen Erklärung".

Kreisausschuss einigt sich einvernehmlich auf die Änderung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Kreises Kleve beschließt die aus der Anlage ersichtlichen Änderungen der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Kleve.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 209 /WP14

Freies WLAN für den Kreis Kleve

hier: Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 12.02.2015

---

KTM Reuter erkundigt sich, welche Sitzung des Kreisausschusses und Kreistages gemeint sei.

Landrat erläutert, dass es sich nicht um die Sitzung des Kreisausschusses und Kreistages am 19.03.2015 handelt, sondern die nachfolgenden Sitzungen.

KTM Krystof erklärt sich einverstanden und bietet an, notwendige Kontakte herzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 12.02.2015 wird in die nächste Sitzung des Kreisausschusses und Kreistages verwiesen.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 187 /WP14

Antrag der Kreistagsfraktion AfD / MH auf Errichtung einer "Arbeitsgruppe Airport Weeze"

---

KTM Heinrichs führt aus, dass der Antrag seiner Fraktion missverstanden worden sei. Seine Fraktion wolle sich nicht in die Angelegenheiten von Unternehmen einmischen oder Vorschriften machen. Es gehe darum festzustellen, dass der Airport Weeze nicht unproblematisch ist. In einer Arbeitsgruppe könne überlegt werden, wie der Flughafen besser vermarktet, präsentiert etc. werden kann. Der Kreis würde damit auch ein positives Signal an die Bevölkerung senden. Grundsätzlich handele es sich bei dem Flughafen um ein gutes Projekt.

KTM Düllings bedankt sich für die Klarstellung. Die Vorlage der Verwaltung sei eindeutig. Wenn man über solche Dinge nachdenkt, müsse man dies auch für alle anderen Unternehmen (z.B. Hafen Emmerich, Wirtschaftsförderung, KKA GmbH etc.) machen. Jeder habe andere Schwerpunkte. Dies gehe aus gesellschaftsrechtlichen Aspekten nicht. Jedem bleibe es jedoch auf politischer Ebene unbenommen, sich für bestimmte Projekte einzusetzen und diese voranzutreiben.

KTM Franken schließt sich KTM Düllings an. Seine Fraktion habe eine interne Arbeitsgruppe zu dem Thema gegründet und führe auch Informationsgespräche mit der Geschäftsführung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Kreistagsfraktion AfD / MH vom 20.01.2015 auf Errichtung einer "Arbeitsgruppe Airport Weeze" wird abgelehnt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 171 /WP14

Ordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 23.04.2015

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. Der Vertreter des Kreises Kleve in der Hauptversammlung der RWE AG am 23.04.2015 wird hinsichtlich seines Abstimmungsverhaltens gebunden. Er wird den Vorschlägen von Vorstand und/oder Aufsichtsrat der RWE AG zur Tagesordnung bzw. zu evtl. Gegenanträgen zustimmen.
2. Sofern die Gesellschafterversammlung der Vka GmbH am 22.04.2015 einen hiervon abweichenden Beschlussvorschlag verabschieden sollte, tritt dieser an die Stelle der Ziffer 1.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2015  
Zustimmung zur Leistung eines außerplanmäßigen Aufwands und einer außerplanmäßigen  
Auszahlung bei der Buchungsposition 0505 - 54292300 (Erstellung Pflegebedarfs-  
plan/Fortschreibung Demografiekonzept)

---

KTM Franken verweist auf die Debatte im Fachausschuss. Aufgrund der Diskussion im Fachausschuss habe sich der nachgereichte Antrag seiner Fraktion ergeben.

KTM Heinrichs erklärt, dass ihm 70.000 Euro als sehr hoch angesetzt vorkommen und erkundigt sich, wie es zu dieser Summe kommt.

Landrat erläutert, dass sich an den Kosten der Vergangenheit orientiert wurde.

Ltd. KVD Boxnick ergänzt, dass damals 50.000 Euro für die Erstellung des Demografieberichts ausgegeben wurde. Jetzt würde es um die Fortschreibung des Berichts und die Pflegebedarfsplanung gehen, sodass dieser voraussichtliche Kostenaufwand angemessen erscheint.

KTM Palmen führt aus, dass bis zum 31.12.2015 die gesetzliche Verpflichtung bestehe, die Pflegebedarfsplanung vorzulegen. Es handele sich um eine Ausschlussfrist. Auch seine Fraktion hält diese Frist für unsinnig. Ihn störe, dass die SPD-Fraktion in ihrem Antrag ausführt, dass das Institut der TU Dortmund nicht für geeignet gehalten wird, da die Pflegeplanung nicht zu den Forschungsschwerpunkten gehöre. Er habe nachgelesen, welche Forschungsschwerpunkte von dem Institut angegeben werden. Es handele sich um die Aufklärung, Grundlagenforschung, Prävention gegen Einschränkungen, Förderung der Rehabilitation und die Organisation der Versorgung z.B. durch Medizin und Pflege. Somit gehe es nicht nur um die Theorie, sondern um die Umsetzung in der Praxis. Das Institut sei deshalb geeignet, weil es das gesamte Spektrum des Altwerdens abbildet.

KTM Sickelmann äußert, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen wird. Jedoch würden ebenfalls die Bedenken bestehen, dass das Institut der Aufgabe nicht gewachsen ist. Eine Sozialraumplanung fehle und es müsse stärker interdisziplinär gearbeitet werden. Es würde keine echte Pflegeberatung bestehen.

KTM Schreiber sagt, dass das Institut qualifiziert sei und es sinnvoll sei, ein Institut zu beauftragen, welches schon einmal für den Kreis gearbeitet hat. Der Pflegebedarfsplan müsse mit den Kommunen abgestimmt werden. Dies sei zeitaufwendig. Daher sei der veranschlagte Betrag verständlich.

Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2015 mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen ab.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

Der Leistung eines außerplanmäßigen Aufwands und einer außerplanmäßigen Auszahlung von bis zu 70.000 € im Haushaltsjahr 2015 bei der Buchungsposition 0505 – 54292300 (Erstellung Pflegebedarfsplan/Fortschreibung Demografiekonzept) wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 193 /WP14

Beschluss über den Jahresabschluss 2013, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses

---

KTM Sickelmann stellt klar, dass ihre Fraktion den Landrat Entlastung erteilen möchte und im Fachausschuss unbeabsichtigterweise anders abgestimmt wurde.

Auf die Nachfrage von KTM Heinrichs, ob der Landrat die Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt leiten dürfe, erklärt der Landrat, dass dies der Fall sei. Er dürfe jedoch nicht mit abstimmen.

Auf Antrag von KTM Franken, dass über die einzelnen Punkte getrennt abgestimmt wird, ergeht kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis: zu 1: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen  
zu 2: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen  
zu 3: einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag stellt gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss 2013 in der durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Fassung fest.
2. Dem Landrat wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung erteilt.
3. Der in 2013 entstandene Jahresüberschuss in Höhe von 1.991.973,98 EUR wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 174 /WP14

Besetzung der Kommunalen Pflege und Gesundheitskonferenz für den Kreis Kleve - KPGK

---

Landrat berichtet, dass der Fachausschuss dem 1. Satz des Beschlussvorschlags einstimmig zugestimmt hat und dass die S. 2 und S. 3 mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen angenommen wurden.

KTM Franken erläutert, dass über den 1. Satz des Beschlussvorschlags und die S. 2 und 3 getrennt abgestimmt werden soll, da die Besetzung der Kommunalen Pflege und Gesundheitskonferenz weitergefasst sein soll.

Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2015 mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung ab.

Abstimmungsergebnis: zu 1: einstimmig  
zu 2: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss stimmt der Mitgliedschaft der kreisangehörigen Kommunen im KPGK zu.
2. Zur Wahrnehmung der Ausgabe entsenden die Kommunen einen gemeinsamen Vertreter. Die anlassbezogene Teilnahm einzelner Kommunen an den Sitzungen der KPGK bleibt von dieser Regelung unberührt.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Mitteilungen

---

Landrat führt aus, dass der Kreistag ihn beauftragt habe, mit dem Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf Kontakt aufzunehmen bezüglich eines möglichen Miteinanders der Flughäfen Düsseldorf und Weeze. Dieses Gespräch habe nun in einer sehr positiven Atmosphäre stattgefunden. Das Ergebnis sei, dass die beiden Hauptverwaltungsbeamten darauf hinwirken, dass sich die beiden Geschäftsführer treffen, um Gespräche zu führen.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Anfragen

---

KTM Sickelmann fragt, ob zur nächsten Sitzung des Kreistages die Beschlussergebnisse des Kreisausschusses vorgelegt werden können.

KTM Heinrichs merkt an, dass der Landrat gerade erklärt habe, dass der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf und der Landrat sich zusammengesetzt haben und die Situation am Flughafen Weeze besprochen haben und beschlossen haben, dass sich die Geschäftsführer treffen. In der Ablehnung des Antrages seiner Fraktion habe der Landrat jedoch erklärt, dass es ureigenes Recht der Gesellschaft sei, zu entscheiden, wie das Unternehmen geführt werde. Daher frage er sich, wie der Oberbürgermeister und der Landrat dann die Geschäftsführer bitten können, sich zusammensetzen.

Landrat antwortet auf die Frage von KTM Sickelmann, dass die Niederschrift und entsprechende Vorlagen rechtzeitig zugehen. Auf die Frage von KTM Heinrichs antwortet er, dass es sich um eine Bitte handele und der Kreistag ihn hierzu per Beschluss aufgefordert habe.

Auf die Nachfrage von KTM Franken, ob die Fraktionsmitarbeiter Zugangsdaten für die nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen bekommen können, antwortet der Landrat, dass dieser Bitte nachgegangen werde.